

# Stellungnahme

## Angenommen sein – so wie Gott Dich will!

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der behinderte Kinder und ihre Familien gleiche Teilhabe- und Verwirklichungschancen wie Menschen ohne Beeinträchtigungen haben. Pränatale Untersuchungen sind nach Auffassung des Frauenbundes sinnvoll, um zum Wohle des Kindes bereits vor oder unmittelbar nach der Geburt medizinisch und therapeutisch zu handeln. Auch können sie werdenden Müttern und Vätern Zeit geben, sich auf ein Leben mit einem besonderen Kind vorzubereiten.

Mit Sorge beobachtet der KDFB allerdings die Tendenz, dass Elternschaft immer stärker auch als Verantwortung dafür interpretiert wird, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen. Die maximale Ausschöpfung aller medizinischen Möglichkeiten, um eine etwaige Erkrankung oder Behinderung des ungeborenen Kindes möglichst früh zu erkennen, scheint im Vordergrund zu stehen. Viele Mütter und Väter sehen sich inzwischen dazu gedrängt, ihre Entscheidung für ein Leben mit einem bereits vor Geburt kranken oder behinderten Kind rechtfertigen zu müssen – etwa durch Fragen wie: „Habt ihr es nicht vorher gewusst?“.

Sehr häufig erfahren Frauen Schwangerschaft und Geburt nicht mehr als natürliche Ereignisse, sondern als Vorgänge, die auf eine engmaschige medizinische Begleitung angewiesen sind. Allein der Anstieg der sogenannten Risikoschwangerschaften sowie die ungebrochen hohe Kaiserschnittquote verdeutlichen dies. Werdende Mütter sehen sich hohem gesellschaftlichen Druck gegenüber, alle Untersuchungsmethoden während der Schwangerschaft zur Abschätzung einer vorliegenden Krankheit oder Behinderung ihres Kindes auch in Anspruch zu nehmen. Der neue Bluttest zur Trisomie 21 verstärkt diese Situation zusehends.

Der KDFB fordert daher die Verantwortlichen in Politik, im Gesundheitswesen und in der medizinischen Praxis dazu auf, sich in ihren jeweiligen Handlungsfeldern für folgende Punkte einzusetzen:

- **Überprüfung der Kategorien, die zur Einstufung einer Risikoschwangerschaft führen.** Allein durch das heutige spätere Lebensalter von Frauen bei Erstgeburten gelten viele Schwangerschaften – trotz der mittlerweile vorliegenden Erfahrungen von in der Regel unkompliziert verlaufenden Schwangerschaften und Geburten – formal als problematisch.

KDFB e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Kaesenstraße 18  
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0  
Fax 0221/860 92-79  
[www.frauenbund.de](http://www.frauenbund.de)

- **Senkung der Kaiserschnittraten durch weitere strukturelle Veränderungen der Entbindungspraxis in Kliniken.** Dazu gehört die Ermöglichung einer 1:1– Betreuung während der Geburt, etwa durch den Ausbau von Hebammenkreißsälen und eine insgesamt bessere Zusammenarbeit von Ärztinnen, Ärzten und Hebammen.
- **Umfassende Aufklärung von werdenden Müttern** auch über alle der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur (parallelen) Begleitung und Betreuung während der Schwangerschaft außerhalb der gynäkologischen Arztpraxis. Auf die Leistungen von Hebammen wird bislang vornehmlich nur im Kontext des Wochenbettes hingewiesen.
- **Ergebnisoffene Informationsberatung über pränatale Test- und Untersuchungsmöglichkeiten,** welche die Schwangere dazu befähigt und motiviert, selbstbestimmt darüber entscheiden zu können, welche Untersuchungsmethoden vor dem Hintergrund des individuellen Schwangerschaftsverlaufs sowie der persönlichen Lebenssituation für sie sinnvoll oder nötig sind. Dies gilt nicht erst mit Blick auf kostenintensive und mit ethischen Fragen stark besetzte Tests wie das sogenannte „Ersttrimesterscreening“ oder den neuen Bluttest, sondern beginnt bereits bei vermeintlichen „Standards“, wie etwa der Frage nach der Häufigkeit von Ultraschalluntersuchungen oder dem Test zum Ausschluss von Schwangerschaftsdiabetes.
- **Sicherstellung und Weiterentwicklung von psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für werdende Mütter und Väter von voraussichtlich behinderten Kindern** während der Schwangerschaft und im unmittelbaren Kontext der Geburt.
- **Gewährleistung und konsequenter Ausbau von Maßnahmen, welche Eltern von behinderten Kindern gleiche Teilhabe- und Verwirklichungschancen in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen.** Dazu gehört insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familienarbeit, Erwerbstätigkeit und Zeit für sich selbst.

*Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 7.10.2012*